

SD empfehlen NEIN zum Arbeitslosenversicherungsgesetz

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat an seiner Sitzung in Suhr einhellig beschlossen, für die Volksabstimmung vom 26. September 2010 die NEIN-Parole herauszugeben.

Vor allem ist bei der sogenannten Sanierungsvorlage störend, dass Abzocker und Manager mit hohen und höchsten Einkommen, die Millionen einstecken und teilweise gar für die grosse Zahl von Arbeitslosen mitverantwortlich sind, kaum zur Kasse gebeten werden. Es ist lächerlich, ja inakzeptabel, dass für Einkommensteile von mehr als 315'000 Franken nichts mehr bezahlt werden muss. Zudem stört es die Schweizer Demokraten, **dass Taggelder von über 55jährigen Arbeitslosen gekürzt werden. Hier handelt es sich um sehr viele einheimische Arbeitslose**, die keinerlei berufliche Perspektiven mehr haben. Dieses Gebaren ist absolut asozial und verwerflich. Zudem würde eine Annahme der Vorlage mehr Sozialhilfebezüglerinnen und -Bezügler „produzieren“, die von den Kantonen und Gemeinden zusätzlich unterstützt werden müssten. Man schätzt, dass es sich dabei um mindestens 100 Millionen Franken Zusatzkosten handelt, die wieder durch mehr Steuern kompensiert werden müssten. **Zudem verlangen die SD, dass Arbeitslosengelder für nicht EU-Ausländer drastisch gekürzt werden, um Einsparungen in zigfacher Millionenhöhe vorzunehmen.** Dies macht auch unser Land für ausländische Sozialschmarotzer und Profiteure weniger attraktiv. Solange diese wichtige Forderung nicht umgesetzt ist, können die SD keiner Abstimmungsvorlage zustimmen, welche die ehrlichen kleinen und mittleren Lohnbezügler nur mit höheren Lohnabzügen bestraft!

NEIN zur Volkserpressung!

Im Grunde genommen handelt es sich um eine undemokratische, reine Erpressungsvorlage. Auf Seite 5 des Abstimmungsbüchleins sagt der Bundesrat, dass er die Lohnabzüge von 2% auf 2,5% erhöhen werde, falls das Volk der Arbeitslosenversicherungsrevision nicht zustimmen werde. Das ist eine Erpressungs- und Mogelpackung erster Güte!

Im Auftrag des SD-Zentralvorstandes: Rudolf Keller

NEIN zur asozialen bundesrätlichen Erpressungsvorlage und zu noch mehr Arbeitslosenversicherungsabzügen oder Steuern!